

Mehr Wohnschutz für Basel

Für die Volksinitiative werden derzeit Unterschriften gesammelt. M&W hat über die Vorarbeiten des MV Basel berichtet. In der Stadt gibt es wohl ein Abbruchgesetz, das den Verlust von Wohnraum verhindern soll. Doch es wird in der Praxis nicht konsequent umgesetzt. «Daher sind wir gezwungen, aktiv zu werden», sagt Beat Leuthardt vom MV Basel. Er visiert ein neues «Gesetz zur Sicherung eines genügenden Angebots an bezahlbaren Wohnungen» an. Dieses soll das unbefriedigende Abbruchgesetz ablösen. Mit der Volksinitiative will der MV auch einen FDP-Vorstoss kontern, der die ersatzlose Streichung des Abbruchgesetzes verlangt.

Der MV hat selber mit viel juristischem Aufwand ein vollständig ausformuliertes Gesetz ausgearbeitet. Es sieht wie bisher eine Bewilligungspflicht für Abbruch, Teilabbruch und Zweckentfremdung von Mietwohnungen vor. Diese Bewilligungspflicht wird nun auf Renovationen und Sanierungen sowie auf Zweckentfremdungen von Mietwohnungen in Stockwerkeigentum ausgeweitet. Weiter soll die Verdrängung von bewohnten Mietwohnungen durch Zusammenlegung mit Nachbarwohnungen ebenfalls unter eine Bewilligungspflicht gestellt werden.

Bezahlbare Mieten sichern

Gemäss dem MV-Entwurf werden Sanierungen bewilligt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Fortsetzung von Seite 8

organisierte IG vor. Sie hat eine Petition lanciert, eine Homepage installiert (www.farbstrasse.ch) und einen Aufruf an die Gemeindepräsidentin erlassen. Ebenfalls wurde eine Anfrage im Gemeinderat deponiert. Die MieterInnen geniessen in der Bevölkerung viel Goodwill. 769 Personen haben die Petition unterschrieben.

Auch der MV Zürich hat einen Appell an die Investorin lanciert. «Sie soll Hand zu einer Lösung bieten, bei der die Kündigung und Vertreibung der überwiegend langjährigen Mieterschaft vermieden werden kann», fordert Geschäftsleiter Niklaus Scherr. Die Farbstrasse dürfe nicht Schule machen. Für den MV Zürich ist Thawil ein exemplarischer Fall für die Tendenz zu Totalkündigungen ohne Rücksicht auf die Betroffenen.

→ www.farbstrasse.ch

m&w | **In Basel soll es künftig keine massiven Mietzinsaufschläge nach Renovationen mehr geben. Der MV Basel sammelt derzeit Unterschriften für seine neue Volksinitiative «Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter».**

Als Kriterium gelten dabei bezahlbare Mieten. Die Bandbreite, was als bezahlbar zu gelten hat, soll vom Regierungsrat definiert werden. Überdies wird den Vermietern eine Informations- und Konsultationspflicht auferlegt. Die betroffenen Mietenden sollen 30 Tage Zeit haben, sich zum Umbauprojekt äussern und Vorschläge machen zu können. Bei Missachtung dieser Pflichten kann die Bewilligung verweigert werden. «Der Einfluss der Mieterinnen und Mieter bei Renovationen und Sanierungen soll grösstmöglich erhöht und der Rechtsschutz im Rekursverfahren verbessert werden», lautet ein Ziel der Initiative.

Der MV reagiert mit der Initiative auf einen immer wieder festzustellenden Missstand: Nach Renovationen, auf welche die Mietenden meist gar keinen Einfluss haben, schlägt der Mietzins massiv auf. Oft würden auch bloss werterhaltende Sanierungen, die gar nicht überwältigungsfähig sind, auf die Miete draufgeschlagen, weiss Kathrin Bichsel, Präsidentin des MV Basel. In der Praxis werden Mietaufschläge von 20 bis 50 Prozent beobachtet – Aufschläge, die manche Betroffenen finanziell nicht mehr verkraften können.

Vor einer grossen Sanierungswelle in Basel?

Auch in Basel müssen in den nächsten Jahren Tausende von Wohnungen aus den 1950er- bis 1970er-Jahren saniert werden. «Hier droht die Gefahr,

Schutz vor dem Renditedenken

«Unsere Miet- und Wohnschutzinitiative schützt durchschnittliche Mietwohnungen im Stadtkanton. Sie erlaubt sinnvolle Renovationen, mit denen auf unsere Bedürfnisse gebührend Rücksicht genommen wird. Sie legt korrekte und bezahlbare Mietzinse für die Zeit nach der Renovation fest und schafft somit Klarheit und Gerechtigkeit für beide Seiten. Die MV-Initiative sorgt, mit anderen Worten, dafür, dass sich keine rein am Profit und an einem realitätsfremden «Markt» orientierten Mietwohnungsprojekt durchsetzen. Ebenfalls geschützt werden jene Bürgerinnen und Bürger, die auf preisgünstigen Mietwohnraum angewiesen sind.»

(Aus der Begründung der Initiative)

dass massenhaft bezahlbarer Wohnraum wegsaniert wird. Leidtragende sind vielfach unauffällige, langjährige Familien, Alleinerziehende sowie jüngere und ältere Alleinstehende», sagt Beat Leuthardt. Man wolle mit dieser Initiative ein Zeichen zum Schutz von Wohnraum setzen. Wobei betont wird, dass es nicht darum gehe, Sanierungen zu verunmöglichen. Die Initiative verlangt sogar vom Kanton den Einsatz von finanziellen Fördermitteln für sanfte und ökologische Renovationen.

→ www.mietwohnschutzinitiative.ch

Basel soll einen wirksameren Wohnschutz erhalten.



Bild Guido Staub